

Daniel Frischknecht
EDU
Rütistrasse 17
8590 Romanshorn

EINGANG GR		
21. Nov. 2018		
16	EA 91	295

EINFACHE ANFRAGE

THURGAUER FLÜCHTLINGSPOLITIK WÄHREND DER NAZI-ZEIT - Ehrliche Aufarbeitung oder verdrängendes Schweigen?

Anlässlich des 70-jährigen Gründungsjubiläums des Staates Israels führte ein Gedenkmarsch auch durch den Thurgau. Dabei hiess es bereits in der Ankündigung „auch der Thurgau hat Schuld auf sich geladen“. Was man als Marschteilnehmer alles zu Ohren bekam (beispielsweise von Historiker Dr. Arnulf Moser), hat einem nicht nur völlig betroffen gemacht, sondern auch die Frage aufkommen lassen, wieso solche Informationen nicht unseren Thurgauer Schulunterricht erreichen. Um die Flüchtlinge im St. Galler Rheintal, um die „das Boot ist voll“-Haltung der Regierung und den an der Front sich diametral anders verhaltenden Polizeihauptmann Paul Grüninger, weiss man. Und der Thurgau?

Forscht man in schon länger veröffentlichten Medienauszügen, so sieht man ein dunkles, brauneingefärbtes erschütterndes Bild. Hier, um nur einige Beispiele zu nennen:

„Der Thurgau schickte viele Flüchtlinge zurück“, „Abgewiesen, ausgeschafft, in den Tod geschickt“ (Thurgauer Volksfreund, 3.5.1995)

„Härteste Linie aller Grenzkantone in der Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg – Akten sind verschwunden“ (Südkurier, 6.5.1995)

„Akten der Fremdenpolizei sind verschwunden“ (Thurgauer Zeitung, 4.5.2005).

Im letzten angeführten Artikel bestätigte denn auch der Thurgauische Staatsarchivar André Salathé: „Die Unterlagen sind vernichtet worden...“. Sein Vorgänger sagte diesbezüglich aus: „Es ist notorisch, dass Ernst Haudenschild seine Akten vernichtet hat“. Major Ernst Haudenschild war von 1923 bis 1958 als Thurgauer Polizeikommandant im Amt und wurde im Rechenschaftsbericht des Regierungsrates des Kantons Thurgau folgendermassen zitiert: „Unsere kantonale Regierung hat uns strikte Weisung erteilt, alle Flüchtlinge abzuweisen. Wir haben keine politischen und keine jüdischen Flüchtlinge in unserem Kanton. Man mag in Bern befehlen und beschliessen, was man will, dieser Kanton wird keine Flüchtlinge zulassen“ (Rechenschaftsbericht für 1938, S. 94). Diese flüchtlingsfeindliche und antisemitische Grundhaltung bestand also vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Mentalität wurde auch von anderen Thurgauer Behördenmitgliedern aktiv mitgetragen wie beispielsweise von Regierungsrat Paul Altwegg, dem Vorgesetzten von Major Haudenschild oder vom Bezirksstatthalter von Kreuzlingen Otto

Raggenbass. In der Praxis liess man allerdings bei Einzelfällen Hintertüren offen, indem solventen Flüchtlingen durch die Abgabe von „Kautionen“ (in der Höhe eines ganzen Jahressalärs) Aufenthalt gewährt wurde.

Viele solche Dinge stehen auch im Bergier-Bericht der „unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg“ bei welchem der Historiker Gregor Spuhler mitarbeitete, welcher auch das Buch „gerettet, zerbrochen“ (2011) geschrieben hat. Er hat darin exemplarisch an zwei (glücklicher-weise nicht vernichteten!) Fällen (H(Heim) und M(Merzbacher)) aufgezeigt, was sich zu dieser Zeit abspielte und wie die späteren Lebensläufe verliefen. Zum Teil sehr tragische Einblicke! Ein Sohn (92) der Familie Merzbacher, der überlebte, wurde kürzlich in der Sendung „Schweiz aktuell“ (9.11.2018) im Zusammenhang an die Erinnerung der Reichspogromnacht vor 80 Jahren als Zeitzeuge zitiert.

Daraus wird ersichtlich, dass zwar Schriften, aber niemals Erinnerungen vernichtet werden können.

Vor diesem Hintergrund werden folgende Fragen an den Regierungsrat gestellt:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zur schuldbeladenen Geschichte des Kt. Thurgau gegenüber den – meist jüdischen - Flüchtlingen während und nach der Nazi-Zeit? Gab es, gibt es oder wird es diesbezüglich (noch) Aufarbeitungen geben?
2. Hat es von Seiten der Thurgauer Regierung, also den Verantwortlichen desjenigen Kantons mit der damals härtesten Linie der Grenzkantone, jemals ein Schuldgeständnis und eine damit verbundene Bitte um Entschuldigung an die Adresse von Betroffenen und ihren Angehörigen gegeben?
3. Der Bericht der „Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg“ hat im Kanton Zürich bewirkt, dass die Lehrmittel offen, ehrlich und kritisch an die neue Faktenlage angepasst wurden. Wird eine offizielle Überarbeitung der Geschichtsschreibung und die entsprechende Anpassung von Lehrmitteln auch im Thurgau stattfinden?

Romanshorn, 21.11.2018

Daniel Frischknecht

